Für eine demokratische Universität in autoritären Zeiten

Lange genug hat die Professor:innenschaft geschwiegen zur neuen Formierung der „unternehmerischen Universität“. Nicht nur, aber eben auch an der viel gepriesenen „Geburtsstätte Kritischer Theorie“ in Frankfurt am Main. Die nicht unwesentlichen Restbestände professoraler Autonomie, der am Ende immer mögliche Rückzug auf die grundgesetzlich verbürgte „Freiheit von Forschung und Lehre“, hatte es nahegelegt, sich auf die eigene Arbeit zurückzuziehen – sei es nun daheim in der Schreibwerkstatt oder beim Kampf um Drittmittel, im Feld der grundständigen Lehre oder auf der Suche nach Öffentlichkeitswirksamkeit. Die unverkennbaren Fehlentwicklungen im Hochschulwesen ließen sich so oder so leidlich ignorieren: die fortschreitende Bürokratisierung der beruflichen Praxis, die skandalöse Prekarisierung der wissenschaftlichen und administrativen Beschäftigungsverhältnisse, die Erosion der Grundfinanzierung zugunsten von „Leuchtturmprojekten“, die Abwertung von Studierenden zu Faktoren der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung, die forcierte Erosion der Einheit von Forschung und Lehre, die schon routinisierte Unterminierung akademischer Selbstverwaltung.

In den letzten Monaten haben sich die Verhältnisse an deutschen Universitäten, und zumal an der Goethe-Universität, nun in einer Weise zugespitzt, die weiteres professorales Schweigen nur noch um den ganz offensichtlichen Preis wahlweise der Selbstaufgabe oder aber der Realitätsverleugnung möglich macht. Die hessische Landespolitik hat den Hochschulen ein selektives Spardiktat verordnet, das jedenfalls an der Goethe-Universität in Form von präsidialen Kürzungszwängen prozessiert wird, die mit ihren Haushalts- und Stellensperren die bisherige Geschäftsgrundlage des akademischen Betriebs in Frage stellen. Das Präsidium der GU verschärft diese ohnehin fundamentale Problemlage nun durch die Ankündigung einer grundlegenden Organisationsreform, bei der am „schönsten Campus Europas“ kaum ein Stein auf dem anderen bleiben soll. Effizienzgewinne verspricht man sich offiziell von diesem Schritt, der – so der Plan – die Frankfurter Universität in den nächsten fünf Jahren auf Trab halten und in Form bringen soll. Wir stehen vor einer Tabula Rasa hin zur fachlich entkernten, geradezu wissenschaftsfeindlichen *lean university*. Mittlerweile Jahrzehnte der Einsicht in die soziale und kulturelle Dysfunktionalität ökonomisch getriebener, top-down betriebener Unternehmensreorganisation ignorierend oder leugnend, meint das Präsidium sich mit veralteten Lehrbüchern entliehenen Managementstrategien und Governanceillusionen den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft stellen zu können. Exzellenz hin oder her: die Wissenschaftlichkeit verkommt hier zur bloßen Fassade.

Eben jene Herausforderungen – von der neofaschistisch-planvollen Zersetzung demokratischer Institutionen bis hin zur weiter intensivierten Plünderung der Existenzgrundlagen – werden von der unternehmerischen Universität weder adressiert, geschweige denn ernst genommen. Stattdessen wird die Universität im Vollumbau mit all ihren prekarisierten Kapazitäten auf absehbare Zeit in die unproduktive, erwartbar das kollegiale Miteinander überstrapazierende Selbstbefassung verbannt. Und das, während publikumsträchtige Verlautbarungen an anderer Stelle für sich in Anspruch nehmen, in Zeiten massiver autoritärer Gefährdungen die Hochschulen in Forschung und Lehre als wissenschaftliche Infrastruktur einer resilienten Demokratie zu stärken. Dass das Land Hessen, wohlgemerkt mit einem sozialdemokratischen Wissenschaftsminister, eben dies materiell verunmöglicht, wird in die Geschichte nicht nur der Goethe-Universität eingehen. Dass die Leitung derselben in dieser dramatischen Situation gar nicht erst versucht, in kooperativ-kollegialer Weise fachlich angemessene Kompensations- und Gestaltungsstrategien zu entwickeln, es offenkundig ablehnt, die eigene Universität als Ort demokratischer Organisation von gesellschaftlich produktiver Wissensorganisation zu verstehen und zu leben, muss als komplementäres, ebenso historisches Versäumnis gewertet werden.

Fügsames Schweigen ist in dieser hochschulpolitischen Konstellation für uns keine Option mehr. Im Zusammenwirken mit allen weiteren Statusgruppen – Studierenden, wissenschaftlichen

Mitarbeiter:innen, administrativem und technischem Personal – wollen wir für eine Universität einstehen, die sich an ihrem gesellschaftlichen Bildungs- und Forschungsauftrag messen lässt, die Management und Governance strikt in den Dienst des Organisationsziels wissenschaftlich-integrierter Lehre und Forschung stellt, die die Arbeitskraft ihrer Mitglieder nicht in immer neuen Schleifen autoritativ vorgegebener, problemvergessener „Reformen“ verheizt, deren intellektuelle Kreativität und professionelle Kapazitäten nicht weiter missbraucht und missachtet.

Wir protestieren gegen die vom Land verordneten Kürzungen ebenso wie gegen die vom Präsidium der Goethe-Universität erdachte, leerformelartige Zerschlagung unserer bewährten Arbeitszusammenhänge. Wir rufen die Mitglieder des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften wie aller weiteren Fachbereiche der GU, insbesondere die Professor:innenschaft selbst, dazu auf, gemeinsam für eine angemessene Bildungsfinanzierung und die Neuverhandlung des Hessischen Hochschulpakts, für die Einheit von Forschung und Lehre sowie für eine demokratische und antifaschistische Universität zu streiten.

Aus dem Professorium des Instituts für Soziologie der Goethe-Universität:

Stephan Lessenich, Thomas Scheffer, Barbara Brandl, Florian Butollo, Dennis Eversberg, Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Thomas Lemke, Doris Schweitzer, Ferdinand Sutterlüty

29. Oktober 2026